

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am Donnerstag, dem 03.04.2003, im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 17.45 Uhr

Anwesend waren:

a) **stimmberechtigt:**

Beckers, Rolf
Fritsch, Dieter für Schmitt, Elke
Lankow, Wolfgang
Mohr, Bruno - als Vorsitzender
Prepols, Peter für Mürkens, Franz-Josef
Puhl, Mathias - ab TOP 5
Schmittmann, Jörg

b) **als sachkundige Einwohner:**

Frings, Gottfried
Pater Konrad Boja

c) **von der Verwaltung:**

Bürgermeister Dr. Linkens
StAR Ohler
StOI Froesch - als Schriftführer

d) **entschuldigt fehlte:**

Kohlhaas, Margarethe

T a g e s o r d n u n g :

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 06.09.2001

2. Ergänzung des Verzeichnisses über die Festsetzung der Schulbezirke für die öffentlichen Grundschulen der Stadt Baesweiler
3. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (SEP) der Stadt Baesweiler
4. Umwandlung der KGS St. Barbara Setterich in eine Gemeinschaftsgrundschule
5. „Offene Ganztagschule“ - Ganztagsangebote an Grundschulen
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nichtöffentliche Sitzung

8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 24.03.2003 auf Donnerstag, den 03.04.2003, unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung einberufen worden.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht. Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß eingeladen und der Ausschuss war mit der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

A) Öffentliche Sitzung

1. **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 06.09.2001**

Ausschussvorsitzender Mohr wies zunächst darauf hin, dass man seit der letzten Sitzung des Schulausschusses am 06.09.2001 mit dem Ausschuss drei Schulen im Stadtgebiet bereist habe.

Einstimmig genehmigte der Schulausschuss sodann die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses vom 06.09.2001.

2. **Ergänzung des Verzeichnisses über die Festsetzung der Schulbezirke für die öffentlichen Grundschulen der Stadt Baesweiler**

Bürgermeister Dr. Linkens verwies zunächst auf die in der letzten Sitzung des Schulausschusses beschlossene Festsetzung des Überschneidungsgebietes der Schulbezirke für die GGS I - Friedensschule - und die GGS II - Grengracht -.

Die Regelung habe sich nach den bisher gemachten Erfahrungen bewährt; jetzt sei es notwendig, das Verzeichnis über die Festsetzung der Schulbezirke für die öffentlichen Grundschulen der Stadt Baesweiler auf Grund neu hinzu gekommener Straßen im Stadtgebiet zu aktualisieren.

Insoweit wird auf die Vorlage zu TOP 2 verwiesen.

Der Schulausschuss schlug dem Stadtrat sodann einstimmig vor, die vorliegende Rechtsverordnung zur 6. Änderung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen der Stadt Baesweiler zu beschließen.

3. **Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes (SEP) der Stadt Baesweiler**

Bürgermeister Dr. Linkens erläuterte zunächst, dass die Stadt Baesweiler in ihrer Eigenschaft als Schulträger eine Schulentwicklungsplanung zu betreiben und regelmäßig fort zu schreiben habe. Auf die aktuellen Schülerzahlen sowie die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2003/2004, die der Vorlage zu TOP 3 beigelegt waren, wurde verwiesen.

Auf Grund der Tatsache, dass die Stadt Baesweiler selbst ohne Zweifel die besten Kenntnisse der Schullandschaft vor Ort habe und die Schulgebäude -zumindest weitestgehend- unverändert geblieben seien, empfahl Bürgermeister Dr. Linkens dem Ausschuss eine Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes durch das zuständige Fachamt zu beschließen.

Ebenfalls, so Bürgermeister Dr. Linkens, sei zu berücksichtigen, dass eine Fremdvergabe der Fortschreibung nicht unerhebliche Kosten verursachen würde, die man -insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt- auf diesem Wege durchaus einsparen könne.

Ausschussmitglied Beckers wies darauf hin, dass seine Fraktion die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes im Jahre 1997 kritisiert habe, da die Zahlen vornehmlich bei den städtischen Grundschulen bereits nach kurzer Zeit nicht mehr aktuell gewesen seien. Zusammenfassend könne aus seiner Sicht festgestellt werden, dass der Schulentwicklungsplan damals nicht gut gelungen sei. So werde der Vorschlag zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes durch das Schulverwaltungsamt der Stadt Baesweiler auf Grund der Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Linkens sehr begrüßt.

Für die CDU-Fraktion stellte Ausschussmitglied Lankow heraus, dass im Falle der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes durch das Schulverwaltungsamt durchaus eine Qualitätsverbesserung desselben zu erwarten sei. Hierzu werde insbesondere der nähere Zeitbezug durch die Fortschreibung „vor Ort“ beitragen. Man dürfe aber auch, so Ausschussmitglied Lankow, nicht vergessen, dass durch den Vorschlag der Verwaltung ein nicht unerheblicher Betrag eingespart werden könne.

Bürgermeister Dr. Linkens wies sodann ergänzend darauf hin, dass eine Prognose der Schülerzahlen in Bereichen mit neuen Baugebieten äußerst schwierig vorzunehmen sei, da man die Bauherren der Wohngebäude in diesen Bereichen in der Regel nicht kenne. Bei dem im Bereich „Siegenkamp“ entstandenen großen Baugebiet sei dies jedoch größtenteils nicht der Fall, sodass man hier ohne Zweifel zu einer sehr genauen Schülerzahlenprognose gelangen werde.

Sodann beauftragte der Schulausschuss die Verwaltung einstimmig mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Baesweiler. Die fortgeschriebene Schulentwicklungsplanung ist dem Schulausschuss in der ersten Sitzung nach den Sommerferien 2003 vorzustellen.

4. **Umwandlung der KGS St. Barbara Setterich in eine Gemeinschaftsgrundschule**

Bürgermeister Dr. Linkens erläuterte den Anwesenden kurz das Verfahren zur Einleitung und Durchführung der Umwandlung einer katholischen Grundschule in eine Gemeinschaftsgrundschule.

Die KGS St. Barbara sei -so Bürgermeister Dr. Linkens- im Zeitpunkt der Antragstellung von 190 Kindern besucht worden. Insoweit hätten sich 24,74 v.H. der Antragsberechtigten für die Umwandlung der Schule ausgesprochen.

Die hierauf folgende Abstimmung habe ergeben, dass sich 85,26 v.H. der Erziehungsberechtigten für die Umwandlung der KGS St. Barbara in eine Gemeinschaftsgrundschule ausgesprochen hätten. Dies sei ein sehr klares Ergebnis, welches die Stadt Baesweiler der Bezirksregierung zur Kenntnis gebracht habe. Die Schule sei nunmehr auf Grund des deutlichen Elternwillens in eine Gemeinschaftsgrundschule umzuwandeln.

Es sei nunmehr Aufgabe der Stadt Baesweiler, Schulbezirke für die beiden Grundschulen in Setterich, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Integrationsgedankens, zu bilden.

Ausschussmitglied Beckers bezeichnete die Entscheidung zur Umwandlung der KGS St. Barbara in eine Gemeinschaftsgrundschule als begrüßenswert und überfällig.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Beckers machte Bürgermeister Dr. Linkens deutlich, dass man auf die Schülerzahlen der beiden Grundschulen für die Eingangsklasse des Schuljahres 2003/2004 keinen Einfluss mehr nehmen könne, da das Anmeldeverfahren bereits abgeschlossen sei. Auswirkungen auf die Anmeldung von Schulneulingen habe die Umwandlung der KGS St. Barbara erstmalig im Schuljahr 2004/2005.

Der Schulausschuss empfahl dem Stadtrat sodann einstimmig zu beschließen, dass der bisherige Schulname „St. Barbara“ auch nach Umwandlung der Schule in eine Gemeinschaftsgrundschule erhalten bleibt.

5. „Offene Ganztagsschule“ - Ganztagsangebote an Grundschulen

Bürgermeister Dr. Linkens erläuterte, dass das Thema „Offene Ganztagsschule“ alle Beteiligten in der Vergangenheit umfangreich beschäftigt habe und dies auch ohne Zweifel in Zukunft tun werde. Auf verschiedene Veranstaltungen, u.a. des zuständigen Ministeriums und der Bezirksregierung, mit teilweise widersprüchlichen Informationen zu der Thematik, wurde verwiesen.

Die „Offene Ganztagsgrundschule“ -so Bürgermeister Dr. Linkens- sei in der geplanten Form ganz klar keine Änderung der Schulform. Das Angebot gelte zum einen nur für den Primarbereich, zum anderen erfolge -wie bisher- eine schulische Betreuung nur bis mittags, während die Kinder nachmittags im Wesentlichen lediglich verwahrt würden.

Auf bereits bestehende Angebote, wie Schule von 8-13.00 Uhr und 13 +, wurde verwiesen. Hierzu bedankte sich Bürgermeister Dr. Linkens ausdrücklich beim Verein zur Betreuung von Grundschulkindern der Baesweiler Grundschulen e.V.

Es sei einhellige Meinung von vielen Gremien, dass mit der „Offenen Ganztagschule“ in der geplanten Form eine Verbesserung des Unterrichts nicht erreicht werden könne.

Die vorgesehenen Maßnahmen, so Bürgermeister Dr. Linkens, seien ein ganz klarer Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip. Die Kommunen müssten finanzielle Maßnahmen treffen, für die sie originär überhaupt nicht zuständig seien. Das Land erkläre sich darüber hinaus nicht zu einer verbindlichen Aufrechterhaltung der Förderung für die Zukunft bereit, auf der anderen Seite würden die Kommunen jedoch gezwungen, ein auf Dauer angelegtes Angebot vorzuhalten. Bürgermeister Dr. Linkens wies nochmals darauf hin, dass das pädagogische Konzept fehle. Des Weiteren sei ungeklärt, wie die Stadt eine ausreichende Anzahl von Ehrenamtlern gewinnen solle, die pädagogisch geeignet seien.

Für Investitionsmaßnahmen zum Ausbau bestehender Schulgebäude, beispielsweise zur Einrichtung einer Mensa, seien lediglich Bundesmittel in keinesfalls ausreichender Höhe vorgesehen.

Nochmals wies Bürgermeister Dr. Linkens auf das bereits bestehende umfassende Angebot zur Betreuung von 8-13.00 Uhr bzw. 16.00 Uhr an allen Grundschulen im Stadtgebiet hin. Der Elternbeitrag für die Betreuung von 8-13.00 Uhr betrage 25,00 €. Soweit sich eine Schule für das Konzept der offenen Ganztagsschule entscheide, werde das Projekt „Schule von 8-13.00 Uhr“ aller Voraussicht nach nicht mehr gefördert. Dies würde dann bedeuten, dass die Eltern, die ihre Kinder in die Betreuung geben, Kosten von bis zu 100,00 € zu entrichten hätten. Würde man derart hohe Kosten von den Eltern verlangen, so könne man in diesem Zusammenhang durchaus schon von der Erhebung von Schulgeld sprechen. Dies müsse jedoch mit allen Möglichkeiten vermieden werden.

In diesem Zusammenhang verwies Bürgermeister Dr. Linkens auf die Gemeinschaftshauptschule - Goetheschule -, für die als „echte Ganztagschule“ ebenfalls kein „Schulgeld“ erhoben werde.

Bürgermeister Dr. Linkens wies des Weiteren darauf hin, dass die Verwaltung eine Befragung der Eltern der Grundschüler bzw. der Schulneulinge im Stadtgebiet vorbereitet habe, mit dem Ziel festzustellen, welcher Betreuungsbedarf bei den Betroffenen tatsächlich gegeben sei.

Ausschussmitglied Beckers verwies für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ zunächst auf die Ausführungen in der Sitzung des Stadtrates am 11.03.2003. Es bestehe noch sehr großer Klärungsbedarf zu der Thematik, insbesondere auch bei den zuständigen Stellen zur Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen.

Es sei sehr wichtig, so Ausschussmitglied Beckers, zunächst einmal den Bedarf bei den Betroffenen zu klären, um sodann über geeignete Maßnahmen zu entscheiden. Insbesondere bezweifelte Ausschussmitglied Beckers, dass ein derartiger Bedarf im Primarbereich im großen Rahmen bestehe. Hiervon sei wohl eher im Bereich der Sekundarstufe auszugehen.

Der Beschluss des Stadtrates in dieser Angelegenheit -so Beckers- sei ein guter Einstieg in die Thematik.

Für die CDU-Fraktion wies Ausschussmitglied Puhl ebenfalls darauf hin, dass hinsichtlich der durch die Landesregierung getroffenen Entscheidungen noch ein sehr großer Klärungsbedarf bestehe. Den Beschluss des Stadtrates bezeichnete Ausschussmitglied Puhl ebenfalls als vernünftige Vorgehensweise. Es sei notwendig, den Betroffenen vorhandene Angebote zu erläutern und nach Feststellung des tatsächlichen Bedarfs entweder die bewährten guten Angebote fortzuführen, oder, wovon nicht auszugehen ist, andere Maßnahmen zu ergreifen.

Bürgermeister Dr. Linkens wies abschließend darauf hin, dass es auch sehr wichtig sei, die Eltern, die eine Ganztagsbetreuung in Anspruch nehmen wollen, finanziell möglichst wenig zu belasten.

Sodann beauftragte der Ausschuss zur Bekräftigung des Stadtratsbeschlusses vom 11.03.2003 die Verwaltung einstimmig, in Zusammenarbeit mit den Grundschulen, den Bedarf an Betreuung über das derzeitige Angebot hinaus im Rahmen der sogenannten „Offenen Ganztagschule“ für das Schuljahr 2004/2005 zu ermitteln und -sofern ausreichender Bedarf besteht- ein pädagogisches Konzept und einen Finanzierungsplan zu erarbeiten und zunächst im Schulausschuss zu beraten.

6. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen wurden nicht vorgetragen.

7. **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Ausschussmitglied Puhl verwies auf einen Presseartikel, wonach die Landesregierung eine vollständige Änderung des Sekundarbereichs in der Form plane, dass es in Zukunft nur noch eine einzige Schulform geben solle.

Bürgermeister Dr. Linkens bestätigte dieses Ansinnen anhand einer ihm zugeleiteten Vorlage des kommenden SPD-Landesparteitages, die sich mit der Schaffung eines zweisäuligen Schulsystems, u.a. in Form einer einheitlichen Sekundarstufe I, beschäftige. Nähere Erläuterungen hierzu lägen jedoch nicht vor.

Bürgermeister Dr. Linkens sagte zu, die Thematik zu verfolgen und hierüber in der nächsten Sitzung des Schulausschusses zu berichten.